Der Landrat wies darauf hin, dass im Zuge der Beratungen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.06.2013 auf Antrag der GRÜNEN-Kreistagsfraktion beschlossen worden sei, den Satzungstext wie folgt zu ändern: Im Entwurf der Satzung wird der Text „**oder eines in einer verfestigten Lebensgemeinschaft gem. § 1579 Nr. 2 BGB lebenden Partners**“ in § 10 Abs. 1, § 11 Abs. 2 und Abs. 3 gestrichen. Der geänderte Satzungstext liege als Tischvorlage vor. Im Übrigen sei eine einstimmige Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses in seiner Sitzung am 21.06.2013 an Kreisausschuss und Kreistag erfolgt.

Abg. Deussen-Dopstadt teilte mit, Hintergrund der Änderung sei gewesen, dass die Gesetzeslage von einigen Stellen als nicht ausreichend beschrieben worden sei, um sie in einer Beitragssatzung zu verwenden. Auch werde darauf hingewiesen, dass die Überprüfung, ob eine gefestigte Lebensgemeinschaft vorliege, noch nicht hinreichend abgeklärt worden sei. Deshalb habe man in der Debatte im Jugendhilfeausschuss die Frage gestellt, wie der Kreis mit der bloßen Erklärung, es läge eine solche Lebensgemeinschaft vor, umgehen wolle. Man sei durchaus bereit, die Unterschiedlichkeiten von Lebensformen, in denen Kinder aufwachsen, zu akzeptieren. Es gebe viele Eltern, die sich gegen eine Heirat entscheiden, und dann müsse man in der Tat beide heranziehen, wenn sie zusammenleben, aber nicht verheiratet seien. Dies bedürfe aber einer sauberen juristischen Überprüfung, ehe es in eine Beitragssatzung eingehe. Deswegen sei dieser Antrag gestellt worden, zusammen mit der Überprüfung, ob die Verwandtenpflege möglich sei oder wie sich die Umsetzung der Regelung zur Verwandtenpflege darstelle. Im Übrigen machten bisher nur wenige Jugendämter von dieser Regelung Gebrauch.

Abg. Hartmann merkte an, er habe seitens der Jugendhilfeausschussmitglieder seiner Fraktion vernommen, dass es einen einstimmigen Beschluss eines Arbeitskreises zu diesem Thema gegeben habe. Deshalb sei die Verärgerung groß gewesen, dass dies so nicht festgesetzt worden sei. Für ihn stelle sich nunmehr nach der Begründung durch seine Vorrednerin die Frage, wie es dann zu so einem Satzungsvorschlag komme. Insoweit müsse man den GRÜNEN danken, dass man hier noch die Notbremse gezogen und dies nicht so beschlossen habe. Seine Fraktion habe daher noch Beratungsbedarf vor der Entscheidung im Kreistag. Er bitte insoweit um eine schriftliche Darstellung durch die Verwaltung.

Dezernent Wagner erläuterte, es habe hierzu einen Vorschlag des Unterausschusses gegeben, der auf einem Entwurf der Verwaltung basierte. Der Unterausschuss habe in der Tat den Entwurf in seiner ursprünglichen Fassung beschlossen, die Änderung sei dann erst im Jugendhilfeausschuss beantragt und beschlossen worden. Zu der nun strittigen Rechtsform gebe es eine Rechtsprechung in einem Fall, die dies bestätige. Es sei aber im Jugendhilfeausschuss der Wunsch geäußert worden, dies tiefer juristisch zu prüfen und dann in einem Jahr, wenn dann die Sätze evaluiert werden, wieder aufzunehmen.

Abg. Donie wies darauf hin, dass man im Unterausschuss sehr gründlich diskutiert habe und es eigentlich in allen Fällen zu einstimmigen Beschlüssen gekommen sei. Wenn man sich die Diskussion im Unterausschuss zu § 10 noch mal genauer anschau, dann seien in dieser Richtung auch einige kritische Fragen gestellt worden, gerade was die rechtliche Bewertung angehe. Diese kritischen Fragen hätten sich dann in der weiteren Vorbereitung vertieft, weshalb man im Jugendhilfeausschuss zu dieser Entscheidung gekommen sei, zumal auch eine Evaluierung der gesamten Satzung nach einem Jahr vorgesehen sei.

Der Landrat gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich bis zu der Evaluierung die Rechtslage mehr geklärt habe. Bis zur Kreistagssitzung werde noch eine schriftliche Darstellung vorgelegt. Er wäre dankbar, wenn man sich sodann hierüber interfraktionell verständigen könnte. Sodann

könne dies abschließend im Kreistag behandelt werden. Man müsse dann aber beschließen, damit die Satzung in Kraft trete und dem Kreis nicht möglicherweise Geld verloren gehe.